

19

Preis der Anzeigen:

Die kleine Zeile 70 g. Abendblatt 50 g. Reklamen
 2.50 Abendbl. 43.—, 30% Tonerungszuschlag.
 Stellengesuche 10%, Tonerungszuschl. Familien-
 anzeig. Sondertarif. Platz- u. Datenvorschr. ohne
 Verbindlich. — Anzeig. nehman: Geschäftsstelle
 Frankfurt a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37, Schiller-
 str. 20. Mainz: Schillerpl. 3. Berlin: Manerstr. 16/18.
 Dresden A. Waisenhausstr. 25. München: Pernersstr. 5.
 Offenbach: Biebererstr. 34. Stuttgart: Poststr. 7. Zürich:
 Nordstr. 63. Unsere Agenturen u. d. Ann.-Exped.
 Verlag und Druck der Frankfurter Societäts-
 Druckerei G. m. b. H.
 Postcheckkonto Frankfurt (Main) 4430.

Oesterreich-Ungarn und der Völkerstreit.

IX. Die galizische Frage.*)

Es ist bisher nicht gelungen, für den Anschluß ganz Polens an das Reich der Habsburger eine Form vorzuschlagen, die ohne weiteres einleuchtend und politisch beruhigend wäre. Aus dem großen Polenstaate einen Unterteil Zisleithaniens zu machen, ein vergrößertes Kronland Galizien also, ist unmöglich, weil das ohnehin nicht sehr feste Gefüge jener Organisation dafür nicht geschaffen ist. Soll Polen als dritter Staat der Monarchie neben Oesterreich und Ungarn treten, so müßten die gemeinsamen Einrichtungen danach umgeändert werden. Ungarn, das heute rechtlich die Hälfte des Einflusses auf die Reichspolitik übt — tatsächlich mehr — würde sich dann mit einem Drittel zu begnügen haben. Da nun die Gefahr, in den Delegationen durch eine Verbindung österreichischer mit polnischen Stimmen majorisiert zu werden immerhin denkbar ist, so wird in Budapest ungeschaltet einzelner Gönner der Trias Oesterreich-Ungarn-Polen schließlich wohl geringe Neigung bestehen, den polnischen Staat in das Reich einzulassen. Es bliebe dann nur übrig, daß Polen und die Doppelmonarchie denselben Souverän hätten, aber keine Verbindung unter sich. In Wirklichkeit wird freilich ein Fürst, der über mehrere formell geschiedene Länder regiert, in seinen Entschliessungen immer seine Gesamtstellung berücksichtigen. Vor vierhundert Jahren war es möglich, daß Karl V. für sein spanisches Reich Kriege führte und Verträge schloß, die seine deutschen Erblande gleichgültig ließen. Ähnliches wäre heute undenkbar, selbst wenn es sich nicht um unmittelbar benachbarte Länder handelte. Mit dem Worte „Personalunion“ ist also noch wenig gesagt; man wird immer Mittel finden müssen, den politischen Ausgleich herzustellen. Wenn es nun aber nicht angeht, hiermit verfassungsmäßige Organe zu beauftragen, wie sie in dem Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn denn doch bestehen, wie ungeheuer wichtig ist dann die Aufgabe des persönlichen Faktors, der Kroner! Wenn es keine überstaatlichen Vertretungskörper, keine gemeinschaftlichen Minister, keine organischen Verträge gibt, dann ruht die Pflicht, die trennenden Tendenzen zu bekämpfen und die verbindenden zu stärken, auf dem Monarchen allein. Auch eine Folge des großen Krieges mit seinen demokratischen Wirkungen: Ein sehr wesentlicher Bestandteil der neuen Weltordnung soll gegründet werden auf die Meinung, die Fähigkeit, den Willen — eines Hofes.

Die Regierbarkeit des neuen Staates wird zum Teil davon abhängen, ob darin die in Galizien bisher maßgebenden Schichten führend sind. Sollte das politische Galizien etwa in Polen die Rolle einnehmen, die im Deutschen Reiche Preußen spielt, dann wäre eine Entwicklung nach den Wünschen des Monarchen und der konservativ-aristokratischen Elemente gewiß eher verbürgt. In dem Chaos der polnischen Zustände ist es schwer zu prophezeien, aber selbst in Galizien geht der Einfluß der konservativen und austropolnischen Gedanken zurück. Nicht, daß die Grundidee der Stanczyken, besonnene Realpolitik, vergessen wäre. Im Gegenteil, man könnte finden, daß die Lehren der Schule den Nationalcharakter eigentümlich verändert haben. Von dem alten Feuer der polnischen Seele wird man heute nicht viel bemerken, es ist wahrscheinlich da, aber überdeckt von der grauen Asche nüchtern rechnender Klugheit. Wenn sich in einem Volke, das so lange Zeit keinen Staat besaß, in dieser Stunde große Kreise als „Passivisten“ bezeichnen können, das heißt als Leute, welche es für besser halten, abzuwarten, was kommen wird, so muß das allerdings erklarend auf den Beschauer wirken. Heute oder nie müßten die Polen ihr Geschick in beide Hände nehmen. Auch wenn man alles gelten läßt, was sie zur Erklärung anführen, wenn die Mißgriffe auf unserer Seite groß waren, das Auftreten von deutschen Offizieren und Beamten Verstimmung hervorrufen konnte, so hätte der Seelenausschlag in der Befreiungszeit die Menschen doch darüber hinwegreißen, hätte vor allen Dingen die Aufstellung einer großen eigenen Armee gelingen müssen; denn der Einwand, daß die vorgeschriebene, zu unpersönlich klingende Eidesformel nicht geeignet gewesen sei, die polnischen Herzen zu begeistern, klingt wirklich nicht überzeugend. Hätten die Polen große Führer, so würde es wahrscheinlich anders stehen. Aber das ist eben der Fluch der politischen Unfreiheit, daß eine Nation es verlernt, wenn sie vertrauen und folgen kann. Da nun einmal eine flauere Stimmung nicht wegzuleugnen ist, so würden wir töricht sein, uns über die Grundtatsachen im Verhältnis der Polen zu Deutschland zu täuschen. Sie wissen, daß die Mittelmächte nicht in den Kampf zogen, um sie zu befreien, daß der wiederhergestellte polnische Staat ein Ergebnis zwingender Umstände ist, gewissermaßen ein Nebenprodukt in dem ungeheuren Einschmelzungsverfahren, bei dem Europa in den Hochöfen kam. Daher der verbreitete „Passivismus“. Die Deutschen glauben vielleicht, daß sie der Nation mit dem neuen Staate ein nie zu erhoffendes Geschenk machen; da-

*) Vgl. Erstes Morgenbl. v. 16., 20., 28., 35. Abendbl. v. 31. Dezember, Erstes Morgenbl. v. 6., 10. und 18. Januar.